

Autor/-in: Anja Steinbeck
Seite: 40 bis 40
Ressort: Stellenmarkt
Rubrik: Stellenmarkt
Mediengattung: Wochenzeitung

Jahrgang: 2024
Nummer: 15
Auflage: 392.952 (gedruckt)¹ 604.957 (verkauft)¹
 620.199 (verbreitet)¹
Reichweite: 1,25 (in Mio.)²

¹ IVW 4/2023² AGMA ma 2024 Pressemedien I

Die Position: Haltung zeigen – aber nicht zu allem!

Die Wissenschaft solle sich »positionieren«, heißt es oft. Schön und gut, aber was bedeutet diese Formel eigentlich? VON ANJA STEINBECK

Präsidien und Rektorate werden immer häufiger dazu aufgefordert, zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen, »sich zu positionieren«, wie die Formel lautet. Solche Aufforderungen kommen aus den Universitäten selbst (von Studierenden, von Hochschulgruppen oder von einzelnen Universitätsangehörigen), gelegentlich aber auch von außerhalb der Universität stehenden Dritten.

Wie sollen die Hochschulleitungen darauf reagieren? Zu welchen Themen sollten wir uns öffentlich äußern, und wann ist ein solches Statement eher nicht geboten? Die Antwort auf diese Frage ist schwierig, und allgemeingültige Regeln lassen sich kaum formulieren. Dennoch mögen die folgenden Überlegungen hilfreich sein.

Hochschulen haben kein allgemeinpolitisches Mandat. Es ist weder ihre Aufgabe, noch liegt es in ihrem originären Kompetenzbereich, zu jedweden politischen Themen Stellung zu beziehen. Zutreffend hat der Philosoph Karl Jaspers 1961 in einem Rundfunkgespräch zur »Situation der Universität« sie als »apolitisch« bezeichnet. Folglich sind wir als Hochschulleitungen nicht dazu berufen, beispielsweise die auf Bundesebene geplante Wahlrechtsreform zu kommentieren, Stellung zu beziehen, wenn Politik, Medien und Öffentlichkeit über eine etwaige Aufhebung der Schuldenbremse diskutieren, oder unsere Meinung zu äußern, ob und welche Waffen die Bundesrepublik in die

Ukraine liefern sollte.

Von diesem Grundsatz gibt es allerdings Ausnahmen.

Erste Ausnahme: Sobald Ereignisse oder gesellschaftliche Entwicklungen die Hochschulen in ihrem Wesen berühren, dürfen wir als deren Repräsentanten dazu nicht schweigen. Das ist etwa der Fall, wenn Pfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wie die Wissenschaftsfreiheit oder die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr sind. Dann gilt es jene Werte zu verteidigen, für die unsere Hochschulen stehen und ohne die sie letztlich nicht existieren können.

Eine weitere Ausnahme gilt, wenn (politisch motivierte) Attentate, Naturkatastrophen oder andere Ereignisse einen unmittelbaren räumlichen oder inhaltlichen Bezug zu der jeweiligen Hochschule haben oder auch zur Hochschullandschaft allgemein. Das kann der Fall sein, wenn Angehörige der Universität unmittelbar betroffen sind oder Partnerhochschulen im Ausland. Ob und in welcher Art und Weise die Hochschulen sich in diesen Fällen öffentlich äußern, obliegt ihrer Autonomie – hier muss jede Uni-Rektorin, jeder Hochschulpräsident im Einzelfall entscheiden.

Eine solche Positionierung der Institution ist das eine. Strikt davon trennen möchte ich die Frage, ob sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst in eine politische Diskussion einbringen dürfen oder sogar sollten.

Selbstverständlich darf beispielsweise eine Professorin für Staatsrecht ihre Ansicht über die Verfassungsmäßigkeit einer geplanten Wahlrechtsreform öffentlich kundtun. Und selbstverständlich darf ein Professor für Volkswirtschaftslehre seine Sicht zu den Vor- und Nachteilen der Schuldenbremse darlegen. Derartige »Expertenmeinungen« sind wichtig und nötig, damit wissenschaftliche Erkenntnisse Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden können.

Bei allen Äußerungen ist das Gebot der politischen Neutralität zu wahren. Das gilt insbesondere im Rahmen der universitären Lehre. Das von der Rechtsprechung entwickelte Neutralitätsgebot verbietet jedoch keineswegs jegliche politische Äußerung, sondern es verlangt eine parteipolitische Ausgewogenheit in dem Sinne, dass die Adressaten nicht einseitig mit Blick auf eine bestimmte politische Partei beeinflusst werden dürfen.

In der Frage, wie politisch eine Universität sein sollte, müssen wir diese unterschiedlichen Sphären und Äußerungskontexte differenzieren. Unterm Strich aber gilt: Den offenen, respektvollen Diskurs sollten die Universitäten immer zulassen und unterstützen. Es ist ihre Aufgabe, Studierende zu kritischen Bürgerinnen und Bürgern heranzubilden.

Abbildung: Anja Steinbeck ist Rektorin der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Vizepräsidentin der Hochschulrektorenkonferenz

Fotonachweis: Foto: Kay Herschelmann/HHU

Wörter: 506